

Medieninformation

Düsseldorf, 29. Januar 2024

Gemeinsames Gedenken im Landtag für die Opfer des Nationalsozialismus

Landtag und Landesregierung Nordrhein-Westfalen haben gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. In den Gedenkreden gab es viele Bezüge zum aktuellen Engagement vieler Menschen gegen Rechtsextremismus und für die Bewahrung der Demokratie. Ein Schwerpunkt war das Gedenken an die Opfergruppe der Sinti und Roma. Theresia Neger, Sinta und Holocaust-Überlebende, gab in einem Video-Interview bewegende Einblicke in ihre Verfolgungsbiografie. Vor dem Plenarsaal informiert die Ausstellung „Rassendiagnose Zigeuner“ des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma über die Verfolgung der Opfergruppe durch die Nationalsozialisten.

Zur Gedenkstunde im Plenarsaal des Landtags kamen die Abgeordneten des Parlaments und die Mitglieder der Landesregierung unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Verbände, des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma NRW, von Religionsgemeinschaften, von Behindertenverbänden, des Lesben- und Schwulenverbands sowie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zusammen.

Bei der Gedenkstunde im Landtag sprachen der Präsident des Parlaments, André Kuper, der Ministerpräsident des Landes, Hendrik Wüst, Dr. Michael Rado, Vorstand der Synagogengemeinde Köln, und Roman Franz, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW. Das Konzentrationslager Auschwitz war am 27. Januar 1945 von sowjetischen Soldaten befreit worden.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, eröffnete die Gedenkstunde und sagte: „Das Erinnern an die Befreiung von Auschwitz ist notwendiger denn je. Die Nazis sprachen Millionen von Menschen das Menschsein und das Recht auf Leben ab – wegen ihres

Glaubens, ihrer Herkunft, ihrer Kultur, ihren politischen Ansichten oder ihrer körperlichen Verfassung. Mit der Verfolgung der Sinti und Roma knüpfte das Nazi-Regime an eine Jahrhunderte währende Diskriminierung an. Unser Gedenken fällt in diesem Jahr in eine Zeit, in der in vielen Städten Deutschlands, auch hier in Nordrhein-Westfalen, hunderttausende Bürgerinnen und Bürger gegen eine menschenverachtende Gesinnung und für die Werte und die Stärke unserer Demokratie auf die Straßen gehen. Sie und ihre Kinder wollen in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben. Sie sind die überwältigende Mehrheit in diesem Land.“

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, sagte: „In Nordrhein-Westfalen gilt: Egal, welche Herkunft, Religion oder Geschlecht jemand hat – jeder gehört bei uns dazu. Wir müssen uns als Menschen wahrnehmen und annehmen. Die Geschichte zeigt uns, was es heißt, jemandem das Menschsein abzusprechen. 79 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gilt für uns ohne Wenn und Aber: Wir werden die von den Nationalsozialisten Verfolgten und Ermordeten niemals vergessen. Wir stellen uns jeder Art von Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus mit der ganzen Kraft von Demokratie und Rechtsstaat entgegen.“

Theresia Neger wuchs in dem von Nationalsozialisten 1935 errichteten „Zigeunerlager“ in Köln-Bickendorf auf. Im Mai 1940 wurde ihre Familie nach Warschau und dann in das Ghetto Siedlce deportiert. Dort waren bis zu 17.000 Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma unter grausamen Bedingungen eingesperrt. Sie wurden von den Nazis immer wieder misshandelt, viele starben. In einem Video-Interview, das im Plenarsaal gezeigt wurde, berichtete Theresia Neger von ihren Erinnerungen an ihre Kindheit und sagte: „Richtig Frieden findet man nicht. Da muss ich mit leben. Ich habe nur Frieden, wenn ich tot bin.“

Roman Franz, 1. Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma NRW, sagte: „Die Bürgerrechtsarbeit meines Vaters ab 1946 war eine wichtige und dringend notwendige Arbeit. Denn es gab niemanden, der sich für die Rechte der Sinti und Roma eingesetzt hat. Die Lagerzeit sowie die Praxis der Vernichtung waren beendet, die Verfolgung allerdings nicht. Untersuchungen gehen davon aus, dass 75 bis 80 Prozent der Deutschen Sinti und Roma dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen. Schicksale, wie das meines Vaters, gibt es sehr viele.“

Dr. Michael Rado, Vorstand der Synagogengemeinde Köln vertrat die jüdischen Verbände in Nordrhein-Westfalen. Er sagte: „Die nationalsozialistische Regierung und der gesamte Verwaltungsapparat beauftragten die industrielle Ermordung der Juden. Durchgeführt haben diesen Auftrag Polizei und Soldaten. Das sogar, als die Kriegsniederlage bereits absehbar war, auch am 27. Januar 1944. Jetzt ist das anders. Heute ist nicht der Untergang, sondern der Schutz der Juden in Nordrhein-Westfalen das Ziel der hiesigen Politik. Für jeden sichtbar ist deswegen die Polizei vor den jüdischen Einrichtungen präsent. Für uns alle stellt sich heute und morgen die Aufgabe, unsere Demokratie zu schützen und zu bewahren und auch gegen den wachsenden Antisemitismus einzutreten.“

Die Gäste der Gedenkstunde besuchten auch die Ausstellung „Rassendiagnose Zigeuner“ des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma. Sie stellt mit historischen Familienfotos die Schicksale der Opfer der menschenverachtenden Perspektive der Täter gegenüber. Die Ausstellung setzt damit ein eindrückliches Zeichen der Anerkennung der Leiden, der Entrechtung und der Grausamkeit, die die Sinti und Roma während der Terror- und Gewaltherrschaft in Nazi-Deutschland erleiden mussten. Behandelt wird zudem die Geschichte der Überlebenden im Nachkriegsdeutschland und ihr langer Kampf um Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus.